

Frankfurter Zeitung

15. / 11. 1917 15

169

Stadtvorordneten-Versammlung.

= Frankfurt, 14. Juni.

Die seiner Zeit vom Magistrat eingebrachte Vorlage auf Errichtung einer auf der Volksschule aufgebauten Uebergangsklasse für hervorragend begabte Volksschüler hatte durch die Stadtvorordneten-Versammlung grundlegende Veränderungen erfahren, die letzten Endes auf die Abschaffung der Vorschulen und die Einführung der Einheitschule hinausliefen. Der Magistrat erklärte heute in einem längeren Schreiben, daß er nicht imstande sei, den von der Stadtvorordneten-Versammlung an die Vorlage geknüpften Bedingungen beizutreten, er behalte sich jedoch vor, auf die Frage des Aufstiegs begabter Volksschüler zu geeigneter Zeit zurückzukommen. Eine vom Stadtv. Korfj (Vp.) abgegebene Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei gibt dem Bedauern über diese Haltung des Magistrats Ausdruck und spricht die Erwartung aus, daß die angekündigte neue Vorlage in besserer Weise als die zu Fall gekommene die Aufgabe, den Ausbau des niederen Schulwesens in zeitgemäßer Weise zu fördern, erfüllen werde. In gleichem Sinne äußert sich Stadtv. Dr. Quard (Soz.), der dies weiterhin die Frage aufwarf, in welcher Weise die durch die Aufhebung der Vorschulen zu erwartenden Mehrkosten aufgebracht werden sollen.

Der Ausschussbericht über die Erhöhung der Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten wurde auf Antrag des Stadtv. Dr. Herz (Vp.) zum Zweck einer nochmaligen Besprechung an den Finanzausschuss zurückverwiesen.

Die Errichtung einer städtischen Mitleiderstelle, über die für den Finanz- und Organisationsausschuss Stadtv. Dr. Herz (Vp.) berichtete, wurde genehmigt, nachdem Stadtv. Dr. Quard (Soz.) eine Reihe von Wünschen bezüglich ihrer Organisation und der Zuziehung von Fachleuten vorgebracht hatte.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Anfrage des Stadtv. Berneder (Vpl.) und Gen. wegen der

Kartoffelversorgung.

Der Fragesteller schilderte eingehend die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände, die genau wie die Kalamitäten 1916 auf die verkehrte Verteilungs- und Preispolitik der Reichskartoffelstelle zurückzuführen seien. Dagegen müsse mit aller Entschiedenheit von der Stadt protestiert und es müsse rechtzeitig Vorjorge getroffen werden, daß sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen.

Stadtrat Dr. Köhler gab einen Uebersicht über die getroffene Versorgungsregelung. Von den 550 000 Zentnern, die Frankfurt von der Reichskartoffelstelle aus Pommern zugewiesen erhalten habe, seien bis zum Eintritt der Frostperiode nur etwa 250 000 Zentner geliefert gewesen. Nach dem Aufhören des Frostwetters habe die Reichskartoffelstelle die Lieferungen aus Pommern sistiert und angeordnet, daß die Stadt Frankfurt ihren Bedarf, der auf 200 000 Zentner geschätzt wurde, aus der Provinz zu decken habe. Es konnten jedoch nur 150 000 Zentner angeliefert werden. Auf die eindrucksvollen Vorstellungen der Stadt seien ihr dann noch weitere 100 000 Zentner aus der Provinz Posen zugewiesen worden; diese habe jedoch erklärt, daß sie zur Lieferung nicht imstande sei, und habe tatsächlich bis heute nur einige wenige Wagen geliefert. Aus Hessen ständen noch 17 000 Zentner aus, auf deren Heranschaffung man jedoch gleichfalls nicht mit Bestimmtheit rechnen könne. An eine geregelte Versorgung mit Kartoffeln sei in den nächsten Wochen daher nicht zu denken, wenn die Stadt auch hoffe, von Zeit zu Zeit einige Pfund auf den Kopf ausgeben zu können. Wegen der Versorgung mit Frühkartoffeln sei die Stadt schon im Februar an die Berliner Stellen heranzetretet, habe indes einen definitiven Bescheid bis heute noch nicht erhalten können, da die Erhebungen über die Anbaufläche noch nicht abgeschlossen seien. Dagegen habe die Stadt die Zusicherung erhalten, daß sie in diesem Jahre die Frühkartoffeln aus ihren natürlichen Versorgungsgebieten, Hessen und der Pfalz, erhalten werde, sodas man sicher sein könne, daß die unglücklichen Experimente des Vorjahres sich nicht wiederholen werden. Allerdings sei es nicht möglich gewesen, mit Hessen zum Abschluß eines Lieferungsvertrages zu kommen.

Stadtv. Zielowski (Soz.) zweifelt nicht daran, daß die Stadt alles getan habe, was in ihren Kräften stand. Die Tatsache, daß täglich wahre Völlerwanderungen sich aufs Land ergössen, zeige, daß noch Kartoffeln vorhanden seien; sie sollte man reiflos erfassen.

Nach weiterer Debatte wurde folgender Antrag des Stadtv. Berneder (Vp.) einstimmig angenommen:

Die Stadtvorordneten-Versammlung legt gegen die Behandlung, die die Stadt durch die Reichskartoffelstelle erfahren hat, insbesondere dagegen entschieden Verwahrung ein, daß bei Aufstellung des Verteilungsplans der Stadt zugewiesene Lieferungskreise ihr trotz bestimmter Zusicherung nachträglich wieder entzogen worden sind und sie auf Kreise verwiesen wurde, die zur Lieferung nicht mehr fähig waren. Der Magistrat wird ersucht, diese Entschließung der Reichskartoffelstelle, dem Kriegsernährungsamt und dem Staatskommissar für das Ernährungswesen in Preußen zur Kenntnis zu bringen.